

B E B A U U N G S P L A N

WANG: VOLKMANNSDORF-NORD

L A N D K R E I S

F R E I S I N G

P L A N F E R T I G E R :

KREISPLANUNGSSTELLE
BEIM LANDRATSAMT FREISING

GEFERTIGT AM:

9 . APRIL 1970

(SAHLMÜLLER)

KREISBAUMEISTER

Die Gemeinde W a n g







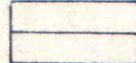
erläßt auf Grund §§ 9, 10 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341), Artikel 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) vom 25.1.1952 (BayBS I S. 461), Artikel 107 der Bayerischen Bauordnung (BayBO) vom 1.8.1962 (GVBl. S. 179), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BNutzVO) vom 26.6.1962 (BGBl. I S. 429) und der Verordnung über Festsetzungen im Bebauungsplan vom 22.6.1961 (GVBl. S. 161) und der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne sowie über die Darstellung des Planinhalts - Planzeichenverordnung - vom 19.1.1965 (Bundesgesetzblatt I S. 21) diesen Bebauungsplan als

S a t z u n g

Dieser Bebauungsplan ersetzt alle innerhalb seines räumlichen Geltungsbereiches früher festgesetzten Bebauungs- und Baulinienpläne.

A) F e s t s e t z u n g e n

- 1a) Das Bauland wird nach § 9 Bundesbaugesetz und § 3 Baunutzungsverordnung als reines Wohngebiet festgesetzt.
- 1b) Ausnahmen, wie sie in § 3 Absatz 3 Baunutzungsverordnung vorgesehen sind, werden nicht Bestandteil dieses Bebauungsplanes.
- 2a) Innerhalb der ausgewiesenen überbaubaren Grundstücksflächen können untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 Absatz 1 Baunutzungsverordnung nur ausnahmsweise zugelassen werden.
- 2b) Abgesehen von Einfriedungen und baulichen Anlagen zur Aufnahme von beweglichen Abfallbehältern sind außerhalb der ausgewiesenen überbaubaren Grundstücksflächen untergeordnete Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 Absatz 1 Baunutzungsverordnung unzulässig.
- 3) Als Grundflächen- und Geschosßflächenzahl werden maximal 0,21 festgesetzt.
- 4a) Für Garagen wird festgesetzt:
über Oberkante Erschließungsstraße
Wandhöhe maximal 2.50 m; Dachform: Pultdach; Dachneigung: 3°.
- 4b) Doppelgaragen (DGa) müssen mit gleicher Wandhöhe an ihrer gemeinsamen Grundstücksgrenze zusammengebaut werden.
- 4c) Soweit Garagen, wie in diesem Bebauungsplan eingetragen, an der seitlichen oder rückwärtigen Grundstücksgrenze vorgesehen sind, ist Grenzbebauung vorgeschrieben.
- 6a) Als Einfriedungen entlang von öffentlichen Straßenverkehrsflächen werden nur Holzlatten-Zäune oder Hecken zugelassen.

- 6b) Für Holzplatten- (Hanichel-)Zäune wird festgesetzt: Höhe max. 1.00 m über Oberkante Erschließungsstraßenmitte. Säulen müssen überdeckt sein und sind mindestens 10 cm niedriger zu halten als die Oberkante des Zaunes.
- 6c) Für Hecken als Einfriedung wird festgesetzt: Höhe max. 1.00 m über Oberkante Erschließungsstraßenmitte. Die Hecke kann mit Maschendraht hinterspannt sein, welcher mindestens 10 cm niedriger zu halten ist als die Oberkante der Hecke.
- 6d) Als seitliche und rückwärtige Einfriedungen werden nur Maschendrahtzäune mit einer Höhe von 1,50 m über der natürlichen Geländeoberfläche mit Stützen aus Eisenprofilen geringen Querschnitts zugelassen.
- 6e) Sichtschutzmatten sind unzulässig.
- 7a) Kniestöcke werden nicht zugelassen.
- 7b) Dachgauben sind unzulässig; Dachliegefenster sind nur bis zu einer maximalen Größe von 75 x 100 cm zulässig.
- 8) Stellplätze für bewegliche Abfallbehälter müssen überdacht sein.
- 9)  Sichtdreiecke sind von baulichen Anlagen, Bepflanzungen und Ablagerung von Gegenständen über 1.00 m Höhe über Straßenoberkante freizuhalten.
- 10)  Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
-  Baugrenzen
-  Begrenzungslinie für öffentliche Verkehrsflächen
-  öffentliche Straßenverkehrsflächen
-  Flächen für Garagen, Doppelgaragen
-  einzuhaltende Firstrichtung
- z.B. +7,5+ Maßangaben in Metern
- 11) (I) zwingend Dachform: Satteldach; Dachneigung: 33 - 36°
1 Vollgeschoß Wandhöhe: max. 3,50 m über Oberkante Erschließungsstraße
- 12) Auf den Baugrundstücken sind mindestens so viele Bäume bodenständiger Art zu pflanzen, daß im Verhältnis zur Grundstücksgröße auf jede angefangene 200 qm Grundstücksfläche 1 Baum kommt (also zum Beispiel 4 Bäume auf einem Grundstück von 715,00 qm). Dabei sind die Art. 71 ff. des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 9. Juni 1999 (Grenzabstand von Bäumen, Sträuchern usw.) zu beachten.

B) H i n w e i s e



Bestehende Grundstücksgrenzen

z.B. 626

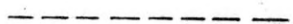
Flurstücksnummer



bestehende Wohngebäude, Nebengebäude



Grundstücksgrenzen, die entfallen sollen



Vorschlag für die Teilung der Grundstücke